EP-S-01-253

Kapitel 4: Garantieren, was uns alle schützt: Frieden und Sicherheit fördern

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in:	GRÜNE JUGEND Bundesvorstand
Beschlussdatum:	04.10.2018

Änderungsantrag zu EP-S-01

Von Zeile 252 bis 254 einfügen:
Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland geprägt. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels als jüdischer und demokratischer Staat mit gleichen Rechten für all seine Bürgerinnen und Bürger sind daher unverhandelbar. Wir Grünen setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um

Begründung

Die israelische Unabhängigkeitserklärung definiert Israel als jüdischen und demokratischen Staat wie folgt:

„Gleich allen anderen Völkern, ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit in einem eigenen souveränen Staat selbst zu bestimmen."

„Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben."

Tzipi Livni will die nächste Knesset Wahl zur Abstimmung darüber machen, die Unabhängigkeitserklärung zu einem Basic Law zu machen. („We believe Israel must be both a Jewish and a democratic state, and I cannot support any formulation that gives priority to either of these values at the expense of the other." https://www.haaretz.com/opinion/.premium-there-s-a-reason-the-opposition-didn-t-attend-the-nation-state-protest-1.6386894) Dies sollten wir Grünen unterstützen.

Der Begriff des jüdischen und demokratischen Staates wurde in den Grundgesetzen zu „Berufsfreiheit" (1994 freedom of occupation) und „Menschenwürde und Freiheit" (1992 Human dignity and liberty) definiert (Shimon Shetreet, Walter Homolka: Jewish and Israeli Law – An Introduction. Berlin/Boston, 2017, 337).

Ein Bekenntnis zur Existenz Israels darf daher den jüdischen Charakter des Staates und seine wichtige Rolle als Schutzraum vor Antisemitismus nicht unterschlagen. Sonst wäre es wertlos.